

Politikwissenschaftliche Forschung in Deutschland von 1949 bis Ende der 60er Jahre

Klingemann, Hans-Dieter

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Klingemann, H.-D. (2002). Politikwissenschaftliche Forschung in Deutschland von 1949 bis Ende der 60er Jahre. In *Von Generation zu Generation* (S. 51-58). Mannheim <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-50714-9>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

POLITIKWISSENSCHAFTLICHE FORSCHUNG IN DEUTSCHLAND VON 1949 BIS ENDE DER 60ER JAHRE

HANS-DIETER KLINGEMANN

1. Einleitung

Die Erwartung an den Referenten besteht darin, aus der Sicht seiner Generation und seiner Position in dieser Generation die Bedeutung und die Rolle der empirischen Forschung darzulegen. Dabei soll das eigene Fach, in diesem Falle also die Politikwissenschaft, besonders berücksichtigt werden.

Zunächst möchte ich festhalten, dass die deutsche Politikwissenschaft wichtige Forschungsbeiträge geleistet hat, die international zur Kenntnis genommen wurden. Beispielfhaft zu nennen sind hier etwa die Arbeiten die Gerhard Lehbruch in der Korporatismusforschung oder die Arbeiten, die Klaus von Beyme im Bereich der Vergleichenden Regierungslehre vorgelegt haben.

Wenn ich mich im Folgenden kritisch mit der Frühzeit der Entwicklung der politikwissenschaftlichen Forschung auseinandersetze, dann betrifft dies in erster Linie die Vernachlässigung einer umfragebasierten Mikroanalyse. Dieser Fokus ist erlaubt, denn es wird ja nach der Sicht des Referenten gefragt. Mein Urteil ist durch zwei Interessen geprägt. Erstens durch ein generelles Interesse an der Entwicklung der Demokratie nach dem Zweiten Weltkrieg. Zweitens durch ein spezielles Interesse an der Entwicklung einer demokratischen politischen Kultur. Ich werde argumentieren, dass sich die politikwissenschaftliche Forschung in der Phase, die ich hier zu behandeln habe, diesem zweiten Forschungsgegenstand – auch aus ideologischen Gründen – kaum zugewandt hat. Jan van Deth, der die neuere Entwicklung der politikwissenschaftlichen Forschung schildern wird, kann, wie ich weiß, ein erfreulicheres Bild zeichnen.

Meinen auf die Vergangenheit des Fachs gerichteten Beitrag, habe ich in zwei Teile gegliedert. Erstens werde ich die Entwicklung der Politikwissenschaft und die Rolle der

empirischen Forschung in dieser Disziplin nach dem Zweiten Weltkrieg bis Ende der 60er Jahre skizzieren. In diesem Teil stütze ich mich vor allem auf die Daten, die Hans-Joachim Arndt (1978) zusammengetragen und analysiert hat. Auch wenn man seinen Versuch einer Politikwissenschaft für Deutsche nicht teilt, die Würdigung der Politikwissenschaft in Deutschland ist die am sorgfältigsten recherchierte Analyse, die für diesen Zeitraum vorgelegt wurde. Zweitens werde ich versuchen, die organisatorischen Anstrengungen von Rudolf Wildenmann und Erwin K. Scheuch zu skizzieren, welche der empirischen Mikroanalyse in der politikwissenschaftlichen Forschung erst eine Chance gegeben haben.

2. Der Beginn der Politikwissenschaft in Deutschland

2.1 Politikwissenschaft als Staatswissenschaft: Erste Ansätze seit Beginn des 19. Jahrhunderts

Man kann den Beginn einer Politikwissenschaft in Deutschland unterschiedlich terminieren. Die erste Version setzt sehr früh an, etwa mit dem Beginn des 19. Jahrhunderts und verweist auf die Einrichtung von Lehrstühlen an den Staatswissenschaftlichen Fakultäten. So etwa im Jahre 1814 an der Universität München oder im Jahre 1817 an der Universität Tübingen. Die Ansätze waren vielversprechend, wie die großen Verfassungsanalysen von Rotteck, Mohl oder Bluntschli belegen. Nach dem Fehlschlag der 48er Revolution fand die Entwicklung des Fachs jedoch ein jähes Ende. Die Politikwissenschaft überlebte danach nur noch als Verwaltungslehre oder Staatsrecht – Fächer, die dem Obrigkeitsstaat nützlich waren.

Diese Situation änderte sich auch in der Zeit der Weimarer Republik nicht entscheidend. Politikwissenschaftlich relevante Themen wurden an den Universitäten vor allem im Rahmen der Staatslehre, der Nationalökonomie, der Sozialpolitik und der Geschichtswissenschaft behandelt. Jellinek, Schmoller oder Treitschke können hier als herausragende, politikwissenschaftlich interessierte Vertreter dieser Fächer genannt werden.

Eine Konsequenz der mangelnden Institutionalisierung der Politikwissenschaft als akademischer Disziplin an den Universitäten war die geringe Aufmerksamkeit, die dem Aufkommen des Nationalsozialismus in Deutschland in der Forschung zuteil wurde. Sicher, im Jahre 1920 wurde in Berlin die Deutsche Hochschule für Politik gegründet. Aber diese Einrichtung, die vorwiegend das Ziel der Weiterbildung von Gewerkschafts- und Parteifunktionären verfolgte, wurde von den Universitäten nie als gleichrangig akzeptiert. Ihre Beiträge zur Forschung waren marginal. Nach der Machtübernahme durch die Nazis im Jahre 1933 hörte die Politikwissenschaft auf zu existieren. Die meisten

Wissenschaftler, die politikwissenschaftliche Themen prominent behandelt hatten, gingen – freiwillig oder gezwungen – ins Exil.

2.2 Politikwissenschaft als Politische Bildung: Die frühe Nachkriegszeit

Eine zweite Version verlegt den Beginn der Politikwissenschaft in Deutschland in die frühe Nachkriegszeit. Hans-Joachim Arndt verweist in seinem faktenreichen Buch „Die Besiegten von 1945. Versuch einer Politologie für Deutsche samt Würdigung der Politikwissenschaft in der Bundesrepublik Deutschland“, das 1978 bei Duncker & Humblot erschienen ist, auf die überragende Bedeutung zweier Konferenzen. Erstens auf die Bedeutung der Konferenz „Die politischen Wissenschaften an den deutschen Universitäten und Hochschulen“, die am 11. und 12. September 1949 in Waldleiningen stattfand, und zweitens auf die Bedeutung der Königsteiner Konferenz „Über Lehre und Forschung der Wissenschaft von der Politik“ vom 15. und 16. Juli 1950. Er schreibt: „Es geschieht bei der Einrichtung einer neuen Fachdisziplin selten, was mit der Politikwissenschaft in Westdeutschland geschah: ihre Geburt, ja geradezu ihre Zeugung sind auf einen einzelnen Akt festzulegen, und dieser geschah in aller Öffentlichkeit“ (Arndt 1978: 177).

Die Militärregierungen, insbesondere die amerikanische, hatten die Konferenzen mit angeregt. Gastgeber war die Hessische Landesregierung. Französische und englische Politikwissenschaftler, vor allem auch die jeweiligen Präsidenten der American Political Science Association (APSA), Quincy Wright und James K. Pollock, nahmen an diesen Konferenzen teil. Der von Quincy Wright gehaltene Vortrag über die „Gegenwartslage der Politischen Wissenschaften in den Vereinigten Staaten“ ist auch heute noch lesenswert. Dass insbesondere die Rolle der Amerikaner bei der Gründung der Politikwissenschaft in Deutschland vom marxistischen Standpunkt in den 70er Jahren heftig kritisiert wurde, sei hier nur angemerkt (Blanke/Jürgens/Kastendiek 1975: Bd. 1, 46ff, LV.3a.). Zu den deutschen Teilnehmern der Konferenzen zählten neben anderen Wolfgang Abendroth (Universität Marburg), Michael Freund (Universität Kiel), Eugen Kogon (Universität Frankfurt a.M.), Theodor Eschenburg (Universität Tübingen) und Dolf Sternberger (Universität Heidelberg) – um die wichtigsten zu nennen. Alle Teilnehmer, so wird berichtet, insbesondere die deutschen, standen unter dem Schock der Verbrechen, die im Dritten Reich begangen wurden, und dem der Folgen des Zweiten Weltkriegs. „Sie alle“, so Arndt (1978: 122), „einte die Überzeugung und der gute Wille, eine Wiederholung zu verhindern.“ Man setzte sich damals darüber hinaus auch noch klar von den Zuständen in der sowjetischen Besatzungszone ab. Arndt zieht aus seiner detaillierten Analyse der Protokolle der beiden Konferenzen eine weitgehend zutreffende Schlussfolgerung.

Er konstatiert, dass aus der Betroffenheit zwei unterschiedliche Reaktionen der Politikwissenschaftler hätten folgen können. Erstens eine Reaktion, die eine Erklärung der Geschehnisse vor allem durch empirische Forschung versuchen würde, oder zweitens eine moralische Reaktion in Gestalt der Gesinnungsethik einer Menschheitsmoral. „Bei den Geburtsakten der Politikwissenschaft in der Bundesrepublik“ – und ich zitiere hier wieder Arndt (1978: 132-133) – „dominierte letztlich die moralische Komponente, und diese brachte den dogmatischen Charakter in die neugeschaffene Wissenschaft ein, ... man kann auch sagen: Der politische Bildungszweck dominierte, noch bevor aus der Situationsklärung wissenschaftliche Erkenntnisse gezogen waren.“ Ich teile diese Schlussfolgerung. Das normativ bestimmte Ziel der Politischen Bildung traf auf das Interesse der Disziplin. Es war nicht nur politisch geboten. So konnten auch die Studentenzahlen gesteigert und der Ausbau der Politischen Wissenschaft an den Hochschulen leicht gerechtfertigt werden.

3. Modale Forschungsinteressen der ersten drei Generationen

3.1 Die Forschungstätigkeit der Politikwissenschaftler der „ersten Stunde“ (Die erste Generation)

1952 gab es in der Bundesrepublik acht Lehrstühle für Politikwissenschaft. Bis Anfang der 60er Jahre hatte sich diese Zahl verdreifacht. Nun zählte man 24 Lehrstühle, wobei allerdings allein zehn dieser Lehrstühle in Berlin angesiedelt waren. Zu den Politikwissenschaftlern der ersten Stunde gehörten in Berlin unter anderem Otto Suhr, von der Gablentz, Ernst Fraenkel und Otto Stammer; in Freiburg: Arnold Bergstraesser; in Heidelberg: Carl Joachim Friedrichs und Dolf Sternberger; in Köln: Ferdinand Alois Hermens; in Tübingen: Theodor Eschenburg; und in Marburg: Wolfgang Abendroth.

Arndt (1978: 250-296, 431-434), der die Publikationen der Politikwissenschaftler der ersten Stunde systematisch analysiert hat, zitiert Alfred Grosser (Heidelberger Konferenz: 65), der auf einer Konferenz im Jahre 1960 in Heidelberg etwas süffisant formuliert: „One of the characteristics of some very prominent political scientists in Germany is: not to produce. The production which is useful about the German political society is very often done by sociologists or by social psychologists.“ Jedenfalls finden sich bei diesen Politikwissenschaftlern der ersten Stunde nur wenige konkrete Einzelforschungen. Arndt (1978: 254) hält fest: „Die Lehrer schrieben sich eher vom Leibe, was sie aus früherer Erfahrung, aus früherem Nachdenken oder aus zurückliegender eigener Forschung in systematische Form brachten. ... Nicht selten wurden Werke, die bereits in der Emigration in fremder Sprache erschienen waren, auf deutsch editiert, zuweilen mit leichten Veränderungen in Text und Titel.“ Das gilt zum Beispiel für Carl Joachim Friedrichs „Der Verfas-

sungsstaat der Neuzeit“ (1953) oder Ferdinand Alois Hermens’ „Demokratie oder Anarchie“ (1951).

3.2 Die Forschungstätigkeit der „Schülergeneration“ (Die zweite Generation)

Die empirische Forschung setzt auf breiter Front erst mit der Schülergeneration ein. Über das Generalthema herrscht weitgehend Einigkeit. Lepsius (1961: 85) schreibt in seiner „Denkschrift zur Lage der Soziologie und der Politischen Wissenschaft“, die er 1961 vorlegte: „Der Neubeginn der Politischen Wissenschaft in Deutschland fiel mit dem Zusammenbruch der nationalsozialistischen Diktatur und der Wiedererrichtung der parlamentarischen Demokratie zusammen. Auf diese beiden Problemkreise hat sich aus naheliegenden Gründen auch die Forschung der Politischen Wissenschaft bisher bevorzugt gerichtet. Die Prinzipien der Demokratie und das Funktionieren des Parlamentarismus einerseits, der Nationalsozialismus und der Untergang der Weimarer Republik andererseits sind ihre vorherrschenden Themen. Besondere Beachtung fanden ferner die Parteien und der Einfluss der Verbände auf den demokratischen Prozess der Willensbildung der Nachkriegszeit.“ Methodisch herrschte bei den meisten dieser Studien der gesellschaftsgeschichtliche Ansatz vor.

Beispielhaft können hier folgende Veröffentlichungen genannt werden: Karl-Dietrich Bracher „Die Auflösung der Weimarer Republik“ (1971), Kurt Sontheimer „Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik“ (1962), Thomas Ellwein „Das Regierungssystem der Bundesrepublik Deutschland“ (1963), Rudolf Wildenmann „Partei und Fraktion“ (1954), Rupert Breitling „Die Verbände in der Bundesrepublik“ (1955), Wolfgang Hirsch-Weber und Klaus Schütz „Wähler und Gewählte“ (1957), Gerhard Lehbruch „Proporzdemokratie“ (1967), Klaus von Beyme „Die parlamentarischen Regierungssysteme in Europa“ (1970), Arnulf Baring „Der 17. Juni 1953“ (1959), Peter Christian Ludz „Parteilite im Wandel“ (1968) oder Waldemar Besson „Die Außenpolitik der Bundesrepublik“ (1970).

Natürlich ist diese Liste unvollständig. Sie reflektiert aber das Spektrum der Themen der eher empirisch ausgerichteten politikwissenschaftlichen Forschung der Schüler der ersten Generation. Dieses Lehrer-Schüler-Verhältnis zeigt sich auch in der Herausgeberschaft von Festschriften für die Politologen der ersten Stunde. Arndt (1978: 441-445) hat sie in seinen Schriften in dankenswerter Weise vollständig dokumentiert.

3.3 Die Forschungstätigkeit der „Kritischen Politikwissenschaft“ (Die dritte Generation)

Mit dem Ende der Ära Adenauer, dem Aufkommen der Außerparlamentarischen Opposition und insbesondere der Studentenbewegung in den 60er Jahren beobachten wir in der Politikwissenschaft den Aufstieg der „Kritischen Politikwissenschaft“. Eine neue Genera-

tion, die Geburtsjahrgänge etwa ab 1934, drängte nach vorn. Sie übernahm die Lehrstühle oder profitierte von den „Überleitungen“. Die weitaus meisten dieser dritten Generation der Politikwissenschaftler in Deutschland bekannten sich zur Kritischen Politikwissenschaft. Diese Kritische Politikwissenschaft postulierte, so Arndt (1978: 300), „als einzige, obere und sie fortan unablässig beschäftigende konkrete Identität des Politischen das Klassenphänomen ...“ Tudyka (1973: 23) etwa, ein prononcierter Vertreter der Kritischen Politikwissenschaft, formuliert apodiktisch wie folgt: „Das zentrale Kriterium wissenschaftlicher Analyse von Politik, die um den Widerspruch zwischen Bourgeois und Citoyen weiß, ist der Klassenkampf.“ Die damit implizierte Theorie-Praxis-Verbindung ist für die empirische politikwissenschaftliche Forschung natürlich nach wie vor nicht förderlich. „Seit 1971 spätestens“ – so wieder Arndt (1978: 326) – „dominiert die Kritische Politikwissenschaft in der Bundesrepublik, quantitativ und nach ihrer Wirkung an allen relevanten Orten und Hebeln – was nicht heißt: im Lehrkörper aller Universitäten, aber was bedeutet: in der Wirkung gegenüber Studenten und der breiten Öffentlichkeit.“

Die Themen der wissenschaftlichen Kongresse der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW) spiegeln ihr thematisches Interesse: Fragen von Politik und Ökonomie wurden 1973 auf dem Hamburger Kongress diskutiert; Legitimationsprobleme politischer Systeme standen 1975 in Duisburg im Mittelpunkt. Zu den Protagonisten der Kritischen Politikwissenschaft gehören neben anderen Wolf-Dieter Narr, Ekkehart Krippendorff, Dieter Senghaas, Elmar Altvater, Joachim Hirsch, Reinhard Kühnl, Kurt Tudyka, Claus Offe und Udo Bernbach – um nur einige zu nennen. Empirische Forschung hatte hier schlechte Karten. Wer wollte schon die Doppelung des Scheins reproduzieren? Festgehalten werden kann, dass schon im Jahre 1969 eine Gruppe von Bundestagsabgeordneten die Notwendigkeit sah, das Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) zu gründen, um der empirischen politikwissenschaftlichen Forschung eine Heimat jenseits der Universitäten zu geben.

3.4 Empirische Mikroanalyse: Ein Stiefkind der politikwissenschaftlichen Forschung

Bei dem beschriebenen Zustand des Fachs ist erklärungsbedürftig, wie sich überhaupt eine empirisch basierte mikroanalytische Forschung entwickeln konnte. Zwei Wege waren dafür besonders wichtig. Erstens konnte die Politikwissenschaft Anleihen bei der Soziologie und der Sozialpsychologie machen. 2. Organisierte sich die empirisch orientierte politikwissenschaftliche Forschung in Westeuropa. In Deutschland ist die Verankerung der politikwissenschaftlich relevanten Mikroanalyse in besonderer Weise mit Rudolf Wildenmann und Erwin K. Scheuch verknüpft. Sie haben 1961 gemeinsam mit Gerhard Baumert (DIVO-Institut) die Grundlagen der deutschen Wahlforschung gelegt. Erstens

lässt sich gut argumentieren, dass es ohne den Soziologen Erwin K. Scheuch, der das Zentralarchiv für empirische Sozialforschung, Universität zu Köln, aufgebaut und den Politikwissenschaftler Rudolf Wildenmann, der das Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen, Mannheim, gegründet hat, die heutige Infrastruktur für die empirische Sozialforschung in Deutschland (GESIS) nicht geben würde. Zweitens haben Rudolf Wildenmann, Erwin K. Scheuch und ihre Schüler die deutsche umfragebasierte Politikanalyse im internationalen Kontext vermittelt. Beide haben gemeinsam mit Stein Rokkan, Jean Blondel, Hans Daalder und anderen entscheidend zur Gründung und zum Erfolg des European Consortium for Political Research (ECPR) beigetragen. Die Politikwissenschaftler, die sich nicht mit dem Programm der Kritischen Politikwissenschaft identifizieren konnten, fanden in dem so europäisch geöffneten Diskurs Partner für Fragestellungen und vergleichende Projekte. Gleiches galt für die auch von deutschen Politikwissenschaftlern immer stärker besuchten Jahrestreffen der APSA.

Diese Entwicklung trug wesentlich mit dazu bei, dass schließlich auch in Deutschland mikroanalytische Projekte eine Förderchance erhielten. Diese Projekte thematisierten „Wahlen und politische Einstellungen“, „Ursachen und Folgen der Studentenunruhen“, „Demokratische Einstellungen“ oder „Bestimmungsgründe politischer Beteiligung“. Was heute selbstverständlich erscheint – umfragebasierte Mikroanalyse und Forschungen zur politischen Kultur –, war für meine Generation ein Ziel, für das gekämpft werden musste. Diejenigen, die – wie ich – Einstellungen und Verhaltensweisen der Bürger in den Mittelpunkt ihrer Forschungsinteressen gestellt hatten, fanden sich in Deutschland stets in der Rolle von „amerikanisierten“ Außenseitern der Disziplin wieder. Wilhelm Hennis (1957) – ignorant auf dem Gebiet der empirischen Sozialforschung – argumentierte, dass die Qualität des demokratischen politischen Prozesses durch die Einbringung von Informationen aus Bevölkerungsumfragen plebiszitär verfälscht würde. Er (ibid.: 46) formulierte, was die Mehrheit der deutschen Kollegen ohnehin dachte: „Dass die Meinungsforschung den Prozess des Abbaus der tragenden Grundlagen der repräsentativen Demokratie fördert und beschleunigt, ist das Motiv unserer Kritik.“

Dass Umfrageforschung ein genaueres Bild des Bürgers zeichnen und ihm in der öffentlichen Diskussion eine Stimme geben kann, ist für eine solche Position irrelevant. Sie ist auch für die Kritische Politikwissenschaft irrelevant, die die gute Gesellschaft nur nach ihren eigenen, nicht aber nach den Vorstellungen der Bürger schaffen wollte. Wie es mit der empirischen Mikroanalyse in der Politikwissenschaft in den folgenden Jahren weiterging, schildert nun Jan van Deth.

Literatur

Arndt, H.-J., 1978: Die Besiegten von 1945. Versuch einer Politologie für Deutsche samt Würdigung der Politikwissenschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Berlin: Duncker & Humblot.

Baring, A., 1959: Der 17. Juni 1953. Bonner Berichte aus Mittel- und Ostdeutschland. Bonn: Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen (4. durchges. Aufl.).

Besson, W., 1970: Die Außenpolitik der Bundesrepublik. München: Piper.

Beyme, K. von, 1970: Die parlamentarischen Regierungssysteme in Europa. München: Piper.

Blanke, B./Jürgens, U./Kastendiek, H., 1975: Kritik der Politischen Wissenschaft: Analysen von Politik und Ökonomie in der bürgerlichen Gesellschaft. 2 Bde., Frankfurt a.M.: Campus.

Bracher, K.-D., 1971: Die Auflösung der Weimarer Republik. Düsseldorf: Athenäum.

Breitling, R., 1955: Die Verbände in der Bundesrepublik. Meisenheim a.G.: Hain.

Ellwein, Th., 1963: Das Regierungssystem der Bundesrepublik Deutschland. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Friedrichs, C.J., 1953: Der Verfassungsstaat der Neuzeit. Berlin: Springer.

Hennis, W., 1957: Meinungsforschung und Repräsentative Demokratie. Tübingen: Mohr/Siebeck.

Hermens, F.A., 1951: Demokratie oder Anarchie? Eine Untersuchung über die Verhältnismahl. Frankfurt a.M.: Metzner.

Hirsch-Weber, W./Schütz, K., 1957: Wähler und Gewählte. Berlin: Vahlen.

Konferenz über den Stand der Politischen Wissenschaft in Europa, 8. und 9. Juli 1960, Manuskript Institut für Politische Wissenschaft, Universität Heidelberg.

Lehmbruch, G., 1967: Proporzdemokratie: Politisches System und politische Kultur in der Schweiz und in Österreich. Tübingen: Mohr/Siebeck.

Lepsius, M.R., 1961: Denkschrift zur Lage der Soziologie und der Politischen Wissenschaft. Im Auftrag der Deutschen Forschungsgemeinschaft verfasst. Wiesbaden: Steiner.

Ludz, P.Ch., 1968: Parteilite im Wandel. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Sontheimer, K., 1962: Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik. München: Nymphenburger Verlagshandlung.

Tudyka, K.P., 1973: Kritische Politikwissenschaft. Stuttgart: Kohlhammer.

Wildenmann, R., 1954: Partei und Fraktion. Meisenheim a.G.: Hain.